



ZEHNTES STUDIERENDENPARLAMENT DER UNIVERSITÄT POTSDAM

Postanschrift: Studierendenparlament • Am Neuen Palais 10 • Postfach 60 15 53 • 14 415 Potsdam
Sitz: Komplex I • Am Neuen Palais 10 • Gebäude 06
Kontakt: e-mail: praesidium@stupa.uni-potsdam.de • Telefon: (0331) 977-1225 • Fax: (0331) 977-1795
Präsidium: Nico Unkelbach • Maja S. Wallstein • Stefan Klose

Potsdam, 28. März 2008

Liebe Studentinnen und Studenten, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier, hiermit laden wir Euch zur 12. Sitzung des 10. Studierendenparlamentes der Universität Potsdam ein.

Termin: Dienstag, 01. April 2008 ;
Beginn: 19:00 s.t.
Ort: Am Neuen Palais 10, Haus 8, Raum 0.59

Wir schlagen Euch folgende Tagesordnung vor:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Beschluss der Tagesordnung
3. Beschluss des Protokolls vom 19.02.2008
4. Wahl eines Nachfolgers/ einer Nachfolgerin für das Co -Referat Campuspolitik/
Ökologie und Verkehr des AStA Universität Potsdam
5. Gäste
6. Berichte
 - a. BrandStuVe
 - b. Gremien
 - c. StuPa-Präsidium
 - d. AStA
7. Anträge
 - a. Antrag zur Einsetzung eines AK Kommunikation
 - b. Antrag wechselnde Sitzungsorte
 - c. Alternativantrag wechselnde Sitzungsorte
 - d. Antrag *military studies*
 - e. Antrag „Räume der Stille“
 - f. Antrag auf Fördermitgliedschaft im Bündnis für Politik und Meinungsfreiheit
 - g. Antrag Prekarisierung
 - h. Antrag Sprachenzentrum
 - i. Antrag Studentisches Engagement
 - j. Alternativantrag Studentisches Engagement
 - k. Antrag zur Aufnahme in den Ausschuss der StudentInnenschaft des fzs
 - l. Antrag Aufwandsentschädigung Stupa-Präsidium
8. Initiativanträge
9. Sonstiges

Schöne Grüße,
das 10. StuPa-Präsidium
(Nico Unkelbach, Maja S. Wallstein, Stefan Klose)

TOP 7 Anträge

7 a)

Antrag der Juso-HSG zur Einsetzung eine AK Kommunikation:

Das Studierendenparlament setzt im Sinne des § 15 der StuPa-Geschäftsordnung einen Arbeitskreis zur Verbesserung des Kooperations- und Kommunikationsverhaltens im Studierendenparlament ein.

Begründung: „Die verfasste Studierendenschaft hat Anspruch auf ein Parlament, in dem sich Abgeordnete einen respektvollen Umgang zur Grundlage von Entscheidungsprozessen machen und in dem Mobbing und gezielt destruktives Verhalten nicht toleriert wird. Diese Grundlage studentischer Selbstverwaltung ist derzeit nicht einmal im Ansatz gewährleistet ...“ (zitiert aus Kristin Walters Persönlicher Erklärung zur StuPa-Sitzung am 13.11.2007). Listenübergreifendes Ziel sollte es sein, die Arbeit im StuPa wieder zu verbessern. Zu diesem Zwecke lohnt sich unserer Einschätzung nach u.a. eine ausführliche Beschäftigung mit der aktuellen StuPA-Geschäftsordnung. Dies erscheint uns im Rahmen von StuPa-Sitzungen als nicht praktikabel durchführbar. Daher schlagen wir die Einrichtung eines Arbeitskreises zur Verbesserung des Kooperations- und Kommunikationsverhaltens im Studierendenparlament vor.

7 b)

Antrag „wechselnde Sitzungsorte“ von Andreas Kellner:

Wie sich in letzter Zeit häufiger zeigte, wird Golm von hochschulpolitischen und hochschulkulturellen Veranstaltungen abgeschnitten. Beleg hierfür sind die empfundene Abgeschiedenheit Golms von der übrigen Uni wie auch die geringere Wahlbeteiligung bzw. kaum wahrnehmbare aktive Beteiligung der Golmer in studentischen Gremien wie dem StuPa.

Um den Standort Golm aufzuwerten und die dortigen Studierenden mit der Hochschulpolitik unmittelbar in Berührung zu bringen, beantrage ich hiermit folgendes:

Das StuPa-Präsidium wird beauftragt, von nun an für die StuPa-Sitzungen nach Golm einzuladen. Hierfür soll am Standort Zwo ein Raum mit mindestens 26 Sitzplätzen (für die Parlamentierenden) und einigen Stehplätzen (Gäste) bereitgestellt werden.

Außerdem sollte auch das Sitzungsende flexibel geregelt werden: Künftig endet um 23 Uhr nicht mehr die Beschlußfähigkeit, ab diesem Zeitpunkt werden nur keine weiteren Tagesordnungspunkte außer dem gerade diskutierten behandelt. Wenn nötig, werden nach der Sitzung den Abgeordneten individuell Schlafplätze im AStA-Büro oder ggf. in den noch zu erwägenden "Räumen der Stille" zentral durch das StuPa-Präsidium zugewiesen.

Außerdem werden - um der vereinfachten Verwaltung wegen - Zettel an die Parlamentierenden ausgegeben, auf denen Persönliche Erklärungen, Initiativanträge und Änderungsanträge noch während der Sitzung verfasst und zwecks zeitnaher Veröffentlichung vor dem Studierendenparlament ans StuPa-Präsidium gegeben werden können. Hierbei möge man sich am gleichartigen System von unser aller fzs orientieren, sinniger Weise aber bei diesen Zetteln die Rückseiten von veralteten Kopien o. ä. nutzen.

Eine Einzelabstimmung der genannten Punkte Ort/ Zeit/ Verwaltung halte ich für möglich, für Ergänzungen ist dieser Antrag ausdrücklich offen.

Ich hoffe auf eine Zustimmung aller Mandatstragenden zu diesen progressiven und integrativen Neuerungsanschlüssen.

7 c)

Alternativ Antrag „wechselnde Sitzungsorte“ des RCDS:

Liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier,

Bezug nehmend auf den Antrag der GAL auf Verlegung des Tagungsortes des StuPa, welcher von Andreas Kellner am 06. 12. 2007 verschick wurde, stellt der RCDS Potsdam folgenden Gegenantrag:

Das StuPa-Präsidium wird beauftragt, die StuPa-Sitzungen im Wechsel an den Standorten Neues Palais, Griebnitzsee sowie Golm stattfinden zu lassen. Eine Verlängerung der Tagungszeit bis 23:00 Uhr darf weiterhin nur in Ausnahmefällen und mit der entsprechenden Mehrheit im StuPa erfolgen.

Begründung:

Ein solcher regelmäßiger Tagungsortwechsel gibt der gesamten Studierendenschaft die Möglichkeit, ohne große Mühe als Gast an den StuPa-Sitzungen teilzunehmen. Mit der dauerhaften Verlegung nach Golm wird dem größten Teil der Studierendenschaft dies erheblich erschwert. Außerdem hat ein weiterer einseitiger Tagungsort den gleichen Effekt wie die jetzige Situation. Nur mit wechselnden Tagungsorten wird die Arbeit des StuPa und des AstA transparenter und führt eventuell zu deutlich höheren Wahlbeteiligungen. Die Begrenzung der Tagungszeit bis 23:00 Uhr soll auch dazu dienen, dass im StuPa konstruktive Arbeit geleistet wird. Alles andere führt zu unnützen Debatten, die der Studierendenschaft nicht dienlich sind. Darüber hinaus muss auch Rücksicht auf die Parlamentarierinnen und Parlamentarier genommen werden, die neben ihrem Studium einer Arbeit nachgehen.

Für den RCDS
Stephan Hennig

7 d)

Antrag *military studies* von Jörg Schindler und David Schroeren

Liebe Mitglieder des Studierendenparlaments,

der folgende Antrag wird ausdrücklich nur von den Antragstellern und zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht von ihrer Liste insgesamt unterstützt.

****Antrag zum Masterstudiengang "Militärsoziologie/Military Studies"****

****Antragsteller: David Schroeren, Jörg Schindler****

Das Studierendenparlament möge beschließen:

1. Das Studierendenparlament (StuPa) lehnt die Kooperation der Universität Potsdam mit dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt des Bundes und dem Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr (SWI) im Rahmen des zum Wintersemester 2007/08 eingeführten Masterstudiengangs "Militärsoziologie/Military Studies" ab.
2. Das StuPa fordert stattdessen die Einführung eines Masterstudiengangs "Peace Studies" nach dem Vorbild anderer deutscher Hochschulen, der sich mit der Erforschung und Entwicklung gewaltfreier Strategien zur internationalen Konfliktlösung befassen soll.
3. Der AStA wird beauftragt, sich bei der Uni-Leitung und in den Hochschulgremien für die Beendigung der Kooperation mit dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt des Bundes und dem SWI einzusetzen.

Begründung:

Es ist absehbar, dass durch die Kooperation mit diesen militärischen Einrichtungen eine freie und kritische Wissenschaft in dem schon länger existierenden Forschungsgebiet an der Uni Potsdam nicht mehr möglich sein wird. Dies geht unter Anderem aus dem Jahresbericht des SWI 2006 hervor:

"Hauptaufgaben des Sozialwissenschaftlichen Instituts sind die angewandte streitkräftebezogene sozialwissenschaftliche Forschung und die dazu erforderliche militärsoziologische Grundlagenforschung. Die Forschung umfasst die Analyseebenen 'Internationales System', 'Nationales System und Gesellschaft', 'militärische Organisation', 'Soldat als Individuum'. In diesem Rahmen ist die Forschungsplanung des Instituts nicht frei, sondern orientiert sich überwiegend am Erkenntnis- und Unterstützungsbedarf des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr."

Seit Jahren wird im Rahmen der sicherheitspolitischen Debatte versucht, die Zivilgesellschaft langsam an die Anwesenheit des Militärs zu gewöhnen. Damit soll eine höhere Akzeptanz von Auslandseinsätzen erreicht sowie ein möglicher Einsatz der Bundeswehr im Inneren vorbereitet werden. Die Kooperation der Institute für Soziologie und Geschichte mit Einrichtungen der Bundeswehr ist dementsprechend ein weiterer Schritt, die Grenzen zwischen Militär und Zivilgesellschaft zu verwischen.

Sicherheits- und Konfliktforschung darf sich nicht an den Erfordernissen einer interventionistischen Außenpolitik orientieren. Vielmehr muss sie deren Strategien und Handlungsweisen kritisch hinterfragen sowie neue Wege und Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktlösung und -prävention erforschen und entwickeln.

Änderungsantrag Moritz Kirchner

Werte ParlamentarierInnen,

vorab möchten wir unsere grundsätzliche Unterstützung zu diesem Antrag bekunden. Allerdings schießt er unserer Ansicht nach über das Ziel hinaus, und daher der Änderungsantrag

Einreichende: Die Linke.SDS

Änderung von Punkt 3 des Antrages:

"3. Der AStA wird beauftragt, sich bei der Uni-Leitung und in den Hochschulgremien für die Beendigung der Kooperation mit dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt des Bundes und dem SWI einzusetzen."

in

"3. Der AStA wird beauftragt, sich bei der Uni-Leitung und in den Hochschulgremien für die Beendigung der Kooperation mit dem SWI einzusetzen."

Begründung:

Mit dem MGFA haben wir in Potsdam ein Institut, was sich wie der Name schon

sagt, mit der MilitärGESCHICHTE auseinandersetzt aber vor allem eine Bibliothek, die einen großen Fundus an Literatur aus DDR und BRD zur Politik des 20. Jh. und zum OST-West-Konflikt bzw. Kalter Krieg usw. besitzt. Keine andere Bibliothek ist so umfassend zu diesem Bereich. Bisher war es allen Studenten problemlos möglich auch mal ausnahmsweise Bücher übers WE mit nach Hause zu nehmen. Das möchte ich durch einen derartigen Rundumschlag nicht aufs Spiel setzen. Die Beendigung der Kooperation mit dem SWI unterstützen wir jedoch absolut

7 e)

Antrag der GAL

Antrag der GAL: "Räume der Stille" in der Universität Potsdam

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Das Studierendenparlament erklärt sich mit allen Studierenden solidarisch, die das Bedürfnis nach "Räumen der Stille" auf den Campi haben.

Es fordert deshalb das Präsidium der Universität und die Universitätsverwaltung auf:

1. In der Entwicklungsplanung der Universität soll diesem Bedürfnis dadurch Rechnung getragen werden, dass an allen Universitätsstandorten dauerhaft Räumlichkeiten als "Räume der Stille" ausgewiesen werden.
2. Die Räume der Stille sind so herzurichten und auszustatten, dass sie sowohl zum Schlafen als auch als Ort der Religionsausübung des bzw. der Einzelnen genutzt werden können. Die Studierendenschaft erklärt ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit hierbei.
3. Die "Räume der Stille" sollen nach ihrer Einrichtung ausgeschildert werden. In den Vorlesungsverzeichnissen soll regelmäßig über sie informiert werden.

Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) wird beauftragt, diese Forderungen des Studierendenparlaments innerhalb einer Woche nach Beschluss der Präsidentin, der Kanzlerin, dem Leiter der Bauverwaltung und dem Leiter des HGP zu übermitteln und sich in den darauf folgenden Gesprächen mit diesen Personen jeweils nach dem Stand der Umsetzung zu informieren.

Begründung:

An den X. und XI. AStA haben sich zahlreiche Studierende mit dem Anliegen gewandt, dass an den Universitätsstandorten Räume der Stille fehlten. Mit Recht haben Vertreter der Studierendenschaft in der Vergangenheit immer wieder darauf hingewiesen, dass sich im Zuge der Studienreform Stress, Leistungsdruck und Anwesenheitspflichten der Studierenden rapide erhöhen. Diese psychischen Belastungen, die auf ein gesellschaftliches Umfeld mit ohnehin steigenden psychischen Gesundheitsgefahren treffen, benötigen im gleichen Maße, wie sie ansteigen, Möglichkeiten des Ausgleichs. Sowohl die Lern- als auch die Depressionsforschung belegen die Wichtigkeit effektiver Pausen. Der nötige Ausgleich lässt sich eben nicht auf die Abendstunden oder das Wochenende delegieren. Der Antrag trägt dem geäußerten Bedürfnis und Interesse zahlreicher Studierender Rechnung.

Die Dokumentation des letztjährigen Ideenaufrufs "studentische Räume" mit zahlreichen entsprechenden Äußerungen ist immer noch unter http://www.asta.uni-potsdam.de/dokumente/downloads/Ideenaufruf_Dokumentation_studentische_Raeume.pdf abrufbar.

7 f)

Antrag auf Fördermitgliedschaft im Bündnis für Politik und Meinungsfreiheit von Malte Clausen

Lieber Jörg, liebe Mitglieder des Hohes Hauses, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Du hast Recht, in der Tat liegt hier ein Verfahrensfehler vor - das war aber nicht von mir und auch von sonst niemandem intendiert. Der AStA-Beschluss vom 22.11. ist also nichtig.

Hiermit stelle ich folgenden Antrag an das Studierendenparlament:

Fördermitgliedschaft im Bündnis für Politik und Meinungsfreiheit

Die Studierendenschaft der Uni Potsdam wird Fördermitglied im Bündnis für Politik und Meinungsfreiheit. Der von den Geldern der Studierendenschaft gezahlte monatliche Förderbeitrag beträgt 25 €

Begründung:

Das Gießener PM-Bündnis setzt sich in vielerlei Hinsicht für die Verfasstheit von Studierendenschaften, für die Ausübung des allgemeinpolitischen Mandates von Studierendenschaften sowie allgemeine Meinungsfreiheit ein. Außerdem informiert es über juristischen Rahmenbedingungen und publiziert bspw. die Broschüre Repression und Recht auf Protest, einen "Rechtsratgeber für die politische Praxis".

Das PM-Bündnis berät und unterstützt auf diese Weise Studierendenschaften im Bestreben für ihre Autonomie und auch bspw. ganz konkret im Kampf gegen Studiengebühren.

Mehr Infos findet Ihr auf der [Seite des PM-Bündnisses](#).

Mit engagierten und selbstverständlich demokratischen Grüßen,
Malte

7 g)

Antrag Prekarisierung

Gegen prekäre Beschäftigung an der Universität

Im Zuge des neoliberalen Umbaus der Hochschulen ist auch die Universität Potsdam nicht verschont geblieben von zunehmend prekären Beschäftigungsverhältnissen. Diese trifft sowohl Studierende als auch Lehrende. Das Studierendenparlament spricht sich deutlich gegen diese Tendenzen aus. Wir fordern eine schrittweise Reduzierung und letztlich Abschaffung solcher Beschäftigungsverhältnisse. Trotz der finanziell unzureichenden Vorgaben des Landes ist hier auch die Universität in der Verantwortung. Wir fordern daher die Universitätsleitung auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Durchsetzung eines einheitlichen Tarifvertrages für alle studentischen Hilfskräfte nach dem Berliner Vorbild
 2. Vergütung aller Lehrbeauftragten im doppelten Umfang ihrer Lehrverpflichtung, um Vor- und Nachbereitung zu berücksichtigen
 3. Vergütung aller Lehrenden, die zum Erhalt ihrer Lehrbefugnis bisher unentgeltlich Lehrdeputate leisten mussten, entsprechend der Regelungen für Lehrbeauftragte
-

7 h)

Antrag Sprachenzentrum von Die Linke.SDS

Gegen ein Sprachenzentrum, das einfach nur sprachlos macht

Die Universität Potsdam bemüht sich seit seiner Gründung um Internationalität und internationale Vernetzung. Hierbei sind auch einige Erfolge vorzuweisen, aber was die wesentliche tragende Säule der Internationalisierung einer Universität angeht, nämlich ihr Sprachenzentrum, so hinkt die Universität noch weit hinterher. Vor allem was die Ausstattung angeht. Dies aber geht vor allem auch zulasten der Studierenden, die oft um die Möglichkeit gebracht werden, innerhalb ihres Studiums wunschgemäße, und bei manchen sogar pflichtgemäße, neue Fremdsprachen zu erlernen. So ist in Modesprachen wie Spanisch und Italienisch der Bedarf an Sprachkursen oft um ein vielfaches höher als das entsprechende Angebot. Und skandalös ist es, dass sich das Studium mancher Studierender dadurch verzögert, dass sie qua Studienordnung eine bestimmte Sprache erlernen müssen (z.B. Latein oder Hebräisch), aber selbst dafür nicht einmal ausreichend Plätze vorhanden sind. Gleichzeitig ist das Sprachenzentrum ein Musterbeispiel für Prekarisierung, da es dort nicht wenige Lehrende gibt, die nur für wenige oder gar nur ein Semester angestellt sind, was einem kontinuierlichen Fremdsprachenerwerb diametral entgegensteht.

Das Studierendenparlament fordert die Universitätsleitung daher zu folgendem auf:

1. Evaluation des Gesamtbedarfs von Sprachkursen anhand der gewünschten Anmeldungen und Vorlage der Relation von gewünschten zu angenommenen TeilnehmerInnen, und dies aufgeschlüsselt für alle Sprachen
2. Wir fordern die Universitätsleitung zum Bau neuer Räumlichkeiten für das Sprachenzentrum, welcher sich am evaluierten Bedarf orientiert und auch die zukünftige Entwicklung der Studierendenzahlen mit einbezieht. Und damit einhergehend fordert das StuPa ein Ende der Nutzung von Haus 22 am Neuen Palais als Provisorium für Sprachkurse.
3. Gewährleistung von allen notwendigen Kursen für die in den Studienordnungen Pflichtsprachen sowie separaten Sprachkursen für ein freiwilliges Erlernen einer Sprache
4. Diversifikation des Sprachangebotes des Sprachenzentrums, und dies mindestens im Arabisch, Urdu und Japanisch
5. Gewährung von Lehrverträgen an das Personal, die es mindestens ermöglichen das Latinum bzw. Graecum oder in modernen Sprachen das Niveau von UniCert II/2 bei einem/einer Lehrenden zu absolvieren
6. Abschaffung der noch verbliebenen Kursgebühren für Fremdsprachkurse

Änderungsantrag zum Antrag „Gegen ein Sprachenzentrum, das einfach nur sprachlos macht“

Einreichende: Juso-Hochschulgruppe

Werte ParlamentarierInnen,

vorab möchten wir uns grundsätzliche Unterstützung zu diesem Antrag bekunden. Wir würden aber gerne aktuelle Problemlagen stärker berücksichtigt sehen.

Umformulierung Punkt 2 in: „Das Stupa fordert die Unileitung auf sich bei den zuständigen Stellen (Land, Bund, MFKW) für ein neues Gebäude für ein Sprachenzentrum am Neuen Palais einzusetzen.“

-Ergänzung zu Punkt 3:

(Streichen von Insbesondere) Kurse die dazu dienen Studienvoraussetzungen nachzuholen(Latein, Altgriechisch, Hebräisch) sollten solange dies nicht gegeben ist weiterhin an Volkshochschulen belegt werden können.

Punkt 4 soll geändert werden in: „Diversifikation des Sprachenangebotes des Sprachenzentrums soll angestrebt werden.“

Neuer Punkt 5:

Der AStA wird beauftragt sich bei der Leitung des Sprachenzentrums dafür einzusetzen, dass diese alle vorhandenen Lehrmaterialien, insbesondere die Bücher, auf Aktualität und Zustand überprüft. Gegebenenfalls müssen diese nachgekauft werden.

alter Punkt 5 (wird neuer Punkt 6) soll geändert werden in: „Gewährung von längerfristigen Lehrverträgen an das Personal, sodass einer Prekarisierung der Beschäftigten des Sprachenzentrums entgegen gewirkt wird.“

neuer Punkt 7:

Der AStA wird beauftragt sich bei der Leitung des Sprachenzentrums und bei den Dekaninnen dafür einzusetzen, dass Sprachkurse die für ein Philologiestudium obligatorisch sind in jedem Semester und nicht nur im Sommer- oder im Wintersemester angeboten werden, um so einen zügigen Ablauf im Studium zu gewährleisten.

- Verschiebung der folgenden Punkte in chronologischer Reihenfolge

Werte Mitglieder des meist Hohen Hauses,

wir danke Jennifer Rodenbeck bzw. der Juso-Hochschulgruppe für die Zuarbeit und würden den Antrag so übernehmen bzw. wenn das nicht möglich ist, ihn in entsprechend voliegender Form unterstützen. Was die Diversifikation des Angebotes des Sprachenzentrums angeht, so erscheinen nach erneuter Recherche und Rückkopplung mit meiner HSG Arabisch, Hindi und Japanisch als das Mindeste, was zum bestehenden Angebot hinzugefügt werden muss. Dies bitte ich dann noch in dem Antrag zu berücksichtigen

bis morgen und hoffentlich über die Sitzung hinaus im Nil

Moritz Kirchner

- für Die Linke.SDS

7 i.) Initiativantrag zur StuPa-Sitzung am 19. Februar 2008: Ehrung von studentischem Engagement

Das Studierendenparlament (StuPa) würdigt in Zukunft herausragendes studentisches Engagement mit einer öffentlichen Ehrung. Einzelpersonen oder studentische Zusammenschlüsse, die sich in besonderem Maße um die Belange der Studierendenschaft verdient gemacht haben, sollen durch eine Honorierungsurkunde und einem angemessenem Präsent die gebotene Wertschätzung für ihr Engagement erfahren.

Um ein faires Vergabeverfahren sicherzustellen, setzt das StuPa eine Vergabekommission ein, für die jede Liste ein Mitglied benennen kann. Dieses Gremium erarbeitet Kriterien, denen ein Engagement mindestens entsprechen muss, um eine gesonderte Wertschätzung zu rechtfertigen. Die Vergabekriterien bedürfen der vorherigen Legitimation durch das StuPa.

Die Honorierung findet nur bei Bedarf statt. Zudem sollte auf die Ehrung von aktuell in der studentischen Selbstverwaltung Aktiven verzichtet werden, um politischen Vergaben und dem Vorwurf der Selbstbedienung vorzubeugen.

Die Ehrungsmöglichkeit wird vom StuPa-Präsidium und dem Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) aktiv beworben. Vorschläge für die Ehrung sind an die Vergabekommission zu richten.

Begründung: Einerseits könnte durch die Ehrung der Tatsache Abhilfe geschaffen werden, dass studentisches Engagement oft nicht die Wertschätzung erfährt, welche sie verdienen würde. Zum anderen könnte der Öffentlichkeit aufgezeigt werden, wie vielfältig studentisches Engagement ist und welche Personen oder studentische Zusammenschlüsse hinter diesem Engagement stecken.

Bisherige UnterstützerInnen:

Jennifer Meyer (Mitglied des StuPa)
Maja Wallstein (Mitglied des StuPa)
Malte Barsch (Mitglied des StuPa)
Mathias Kern
Lutz Mache
Florian Piepka
Erik Stohn
Thomas Kraatz

7 j.) Alternativantrag „Ehrung studentisches Engagement“

Liebe Mitlesende,

ich stelle folgenden Änderungsantrag oder, sofern dies nicht möglich ist, einen alternativen Initiativantrag zum Initiativantrag von Matthias Kern, Jennifer Meyer et al. mit dem Titel "Ehrung studentisches Engagement"

Das StuPa möge beschließen:

Streiche im vorliegenden Initiativantrag "Ehrung studentisches Engagement" alles und ersetze durch:

Studentisches Engagement würdigen!

Das Studierendenparlament schreibt einen Preis für studentisches Engagement aus. Dieser Preis ist mit einem Büchergutschein in Höhe von 200 Euro dotiert und soll an eine/n Studierende/n der Universität Potsdam verliehen werden, die/der sich in einem besonderen Maße und über einen längeren Zeitraum für studentische Belange eingesetzt hat.

Dieser Preis ist mit einem Wettbewerb verbunden: Das Studierendenparlament wählt bis zu fünf Personen (Jury) aus dem Studierendenparlament und/oder dem Allgemeinen Studierendenausschuss, die einen Ausschreibungstext entwerfen, der zu Beginn des kommenden Sommersemesters unter Anderem über die Student-list versandt wird.

Der Einsendeschluss für Vorschläge ist der 31. Mai 2008. Die Jury soll darüber hinaus die eingehenden Vorschläge bewerten und dem Studierendenparlament eine Person als Preisträger/in im Konsens vorschlagen. Vorbild für diesen Wettbewerb ist der Wettbewerb "Studierende für Studierende" des Deutschen Studentenwerks, siehe <http://www.studentenwerke.de/main/default.asp?id=05110>.

Die Preisverleihung findet auf einer Pressekonferenz oder falls möglich auf dem Hochschulsommerfest statt, auf der ein Mitglied der Jury den Preis nach einer kurzen Vorstellung des/der Preisträger/in übergeben wird.

7 k.) Antrag zur Aufnahme in den Ausschuss der StudentInnenschaft des fzs

Das Stupa möge beschließen:

Die Studierendenschaft der Universität Potsdam bewirbt sich auf der 33. Mitgliederversammlung des fzs darum, Mitglied im ausschuss der StudentInnenschaften (AS) zu werden.

Antragssteller: Janis Klusmann, Malte Clausen

Unterstützer: Moritz Kirchner, Steffen Kühne, Matthias Wernicke

7 l.) Antrag Aufwandsentschädigung Stupa-Präsidium

Antragssteller: Moritz Kirchner